

Fankhauser, Fasel, Fässler, Fehr Jacqueline, Fehr Lisbeth, Fischer-Hägglingen, Florio, Frey Claude, Friderici, Fritschi, Gadiant, Geiser, Genner, Goll, Gonseth, Grobet, Gros Jean-Michel, Gross Andreas, Gross Jost, Grossenbacher, Guisan, Günter, Gysin Hans Rudolf, Gysin Remo, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Heim, Herczog, Hess Otto, Hess Peter, Hochreutener, Hollenstein, Hubmann, Imhof, Jans, Jaquet, Jeanprêtre, Jossen, Jutzet, Kalbermatten, Keller Christine, Kofmel, Kuhn, Kühne, Lachat, Lauper, Leemann, Leu, Leuenberger, Loeb, Lötscher, Maitre, Marti Werner, Maury Pasquier, Meier Hans, Meyer Theo, Meyer Thérèse, Mühlemann, Müller-Hemmi, Nabholz, Oehli, Ostermann, Pelli, Philipona, Pidoux, Raggenbass, Randegger, Ratti, Rechsteiner Paul, Rechsteiner Rudolf, Rennwald, Roth, Ruckstuhl, Ruf, Ruffy, Rychen, Sandoz Marcel, Schaller, Scheurer, Schmid Odilo, Schmid Samuel, Schmied Walter, Seiler Hanspeter, Semadeni, Simon, Speck, Spielmann, Stamm Judith, Steinegger, Strahm, Stump, Suter, Teuscher, Thanei, Theiler, Tschäppät, Tschopp, Vermot, Vogel, Vollmer, von Allmen, von Felten, Weber Agnes, Weyeneth, Widmer, Widrig, Wiederkehr, Wittenwiler, Wyss, Zapfl, Zbinden, Ziegler, Zwygart (154)

Dagegen stimmen – Rejettent le projet:

Baumann Alexander, Binder, Blocher, Dreher, Fehr Hans, Giezendanner, Gusset, Keller Rudolf, Maspoli, Maurer, Schenk, Scherrer Jürg, Schlüer, Steffen, Steinemann, Vetterli, Waber (17)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Bangerter, Bonny, Borer, Bortoluzzi, Bosshard, Brunner Toni, Bühler, Dettling, Egerszegi, Fischer-Seengen, Föhn, Freund, Frey Walter, Hasler Ernst, Hegetschweiler, Kunz, Müller Erich, Stamm Luzi, Steiner, Stucky, Tschuppert, Vallender, Weigelt (23)

Entschuldigt/abwesend sind – Sont excusés/absents:

Debons, Eggly, Langenberger, Moser, Pini (5)

Präsidium, stimmt nicht – Présidence, ne vote pas:

Heberlein (1)

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

96.091

**Bundesverfassung.
Reform
Constitution fédérale.
Réforme**

Schlussabstimmung – Vote final

Siehe Seite 2130 hiervoor – Voir page 2130 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 8. Oktober 1999
Décision du Conseil des Etats du 8 octobre 1999

**C. Bundesbeschluss über die Reform der Justiz
C. Arrêté fédéral relatif à la réforme de la justice**

Zwygart Otto (U, BE): Die LdU/EVP-Fraktion ist über das Vorgehen bei der Justizreform höchst ungehalten. Die taktischen Spielchen bis zur heutigen Schlussabstimmung zeugen von wenig liberalem Geist. Aus zwei Gründen finden wir die Vorgehensweise der Räte fragwürdig:

1. Inhaltliche Feststellungen: Was hier unter «Reform» verkauft wird, ist im Grunde genommen eine Teilrevision der Bundesverfassung. Die Vereinheitlichung des Prozessrech-

tes, die Rechtsweggarantie und die Beschränkung des Zuganges waren längst fällig und schon lange versprochen. Dies wäre über eine Teilrevision der Bundesverfassung zu lösen gewesen. Nach dem Wegfall der Normenkontrolle ist diese Vorlage nicht einmal mehr ein gerupftes Huhn. Zu diesem Etikettenschwindel sagt die LdU/EVP-Fraktion nicht ja.

2. Formelle Feststellungen: Zum neuen Artikel 191, also der Normenkontrolle, gab es gültige Beschlüsse beider Räte. Nachdem der Nationalrat am 9. Juni 1999 und der Ständerat am 30. August dem erarbeiteten Kompromiss zugestimmt haben, wurde in der Kommission auf Vorschlag der ständerrätlichen Kommission ein fragwürdiges Prozedere in Gang gesetzt. Sollten solche Winkelzüge Schule machen und rechtlich unsaubere Machenschaften Oberwasser bekommen, so wäre dies für unseren Rechtsstaat verhängnisvoll. Die LdU/EVP-Fraktion lehnt dies ab.

Fazit: Von vielen Seiten wurde betont, dass wir – nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Rechtsweggarantie – eine Verfassungsgerichtsbarkeit brauchen würden. Hier fehlt nun der Schlussstein. Wir verstehen, dass die Normenkontrolle nur in einem eingeschränkten Rahmen gelten sollte. Heute aber stehen wir diesbezüglich mit leeren Händen da. Damit das Schweizer Volk möglichst bald auch über die Frage der Normenkontrolle befinden kann, habe ich heute eine parlamentarische Initiative in der Form des ausgearbeiteten Entwurfes für eine Verfassungsgerichtsbarkeit eingereicht.

Damit die positiven Punkte der Vorlage nicht gefährdet werden, wird die LdU/EVP-Fraktion nicht gegen die Vorlage stimmen, sondern sich der Stimme enthalten.

Namentliche Abstimmung

Vote nominatif

(Ref.: 3613)

Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:

Aeppli, Aguet, Alder, Antille, Baader, Banga, Bangerter, Baumann Alexander, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Baumberger, Beck, Berberat, Bezzola, Binder, Bircher, Blaser, Borel, Borer, Bortoluzzi, Bosshard, Brunner Toni, Bühlmann, Bühler, Carobbio, Cavadini Adriano, Cavalli, Christen, Cumberg, Comby, David, de Dardel, Donati, Dormann, Dreher, Ducrot, Dupraz, Durrer, Eberhard, Egerszegi, Ehrler, Engelberger, Engler, Epiney, Eymann, Fasel, Fässler, Fehr Hans, Fehr Jacqueline, Fehr Lisbeth, Fischer-Hägglingen, Florio, Föhn, Freund, Frey Claude, Frey Walter, Friderici, Fritschi, Gadiant, Geiser, Genner, Goll, Gonseth, Gros Jean-Michel, Gross Andreas, Gross Jost, Grossenbacher, Günter, Gysin Hans Rudolf, Gysin Remo, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Hasler Ernst, Hegetschweiler, Heim, Herczog, Hess Otto, Hess Peter, Hochreutener, Hollenstein, Hubmann, Imhof, Jans, Jaquet, Jeanprêtre, Jossen, Jutzet, Kalbermatten, Keller Christine, Keller Rudolf, Kofmel, Kuhn, Kühne, Kunz, Lachat, Lauper, Leemann, Leu, Leuenberger, Loeb, Lötscher, Maitre, Marti Werner, Maspoli, Maurer, Maury Pasquier, Meier Hans, Meyer Theo, Meyer Thérèse, Müller Erich, Müller-Hemmi, Nabholz, Pelli, Philipona, Pidoux, Raggenbass, Randegger, Ratti, Rechsteiner Paul, Rechsteiner Rudolf, Rennwald, Roth, Ruckstuhl, Rychen, Schenk, Scheurer, Schlüer, Schmid Odilo, Schmid Samuel, Schmied Walter, Seiler Hanspeter, Semadeni, Simon, Speck, Spielmann, Stamm Judith, Stamm Luzi, Steffen, Steinegger, Steiner, Strahm, Stucky, Stump, Suter, Teuscher, Thanei, Theiler, Tschäppät, Tschopp, Vermot, Vetterli, Vogel, Vollmer, von Allmen, von Felten, Weber Agnes, Weigelt, Weyeneth, Widmer, Widrig, Wittenwiler, Wyss, Zbinden, Ziegler (165)

Dagegen stimmen – Rejettent le projet:

Chiffelle, Gusset, Moser, Mühlemann, Scherrer Jürg, Steinemann, Vallender, Waber (8)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Ammann Schoch, Dettling, Dünki, Fischer-Seengen, Guisan, Ostermann, Ruf, Schaller, Wiederkehr, Zwygart (10)

Entschuldigt/abwesend sind – Sont excusés/absents:

Aregger, Béguelin, Blocher, Bonny, Debons, Eggly, Fankhauser, Giezendanner, Grobet, Langenberger, Oehrli, Pini, Ruffy, Sandoz Marcel, Tschuppert, Zapfl (16)

Präsidium, stimmt nicht – Présidence, ne vote pas:

Heberlein (1)

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

97.028

Energie-Umwelt-Initiative. Solar-Initiative

Initiative énergie et environnement. Initiative solaire

Schlussabstimmung – Vote final

Siehe Seite 2086 hiervoor – Voir page 2086 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 8. Oktober 1999

Décision du Conseil des Etats du 8 octobre 1999

Bührer Gerold (R, SH): Die grosse Mehrheit der FDP-Fraktion hat seit Anbeginn der Beratungen aus grundsätzlichen Überlegungen heraus nein zum Gegenvorschlag zur Solar-Initiative, also zur Förderabgabe, gesagt. Wir bleiben bei dieser Position. Wir können diesem Weg aus grundsätzlichen Erwägungen nicht zustimmen.

Zu mehr Marktwirtschaft, auch in der Ökologie, haben wir stets ja gesagt. Wir haben ja gesagt zu mehr Mitteln für die Grundlagenforschung im Bereich der erneuerbaren Energien. Wir sagen aber nein zu einer reinen Ressourcensteuer, welche von den Prinzipien einer Lenkungsabgabe weit weg ist. Wir sagen nein zu dieser Förderabgabe, weil sie die Steuerquote und die Staatsquote erhöhen und eine neue bürokratische Subventionsmaschinerie in Gang setzen wird.

Allen Beteuerungen und allen guten Absichten – die wir respektieren – zum Trotz halten wir fest, dass mehr Steuern und verstärkte staatliche Investitionslenkung in der Vergangenheit nie Erfolg hatten. Wir halten fest, dass mehr Verteilungsbürokratie, weniger Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft und weniger Chancen für zukunftsträchtige Arbeitsplätze die Hinterlassenschaft einer solchen Politik waren.

Gerade weil wir die ökonomischen und ökologischen Herausforderungen ernst nehmen, können wir dieser Steuer, die unter dem Deckmantel der Ökologie daherkommt, nicht zustimmen. Sie können auch – vorbehaltlich der Beschlüsse unserer Partei – davon ausgehen, dass wir diese Vorlage anlässlich der Volksabstimmung bekämpfen und dabei einmal mehr auf die Vernunft der Mehrheit unserer Stimmberechtigten zählen werden.

Speck Christian (V, AG): Die SVP-Fraktion lehnt die Gegenvorschläge zur Energie-Umwelt-Initiative wie auch zur Solar-Initiative und den Förderabgabebeschluss klar ab. Wir vertreten dabei die ursprüngliche Haltung des Bundesrates, der die beiden überrienen Initiativen ohne Gegenvorschläge zur Ablehnung empfohlen hat.

Unserer Meinung nach muss die ökologische Steuerreform mit der neuen Finanzordnung angegangen werden. Die neuen erneuerbaren Energien werden bereits heute mit namhaften Beträgen aus den Forschungsgeldern im Betrag von 200 Millionen Franken gefördert. Am Markt aber sollen sie sich ohne neue, jahrzehntelang währende Subventionen behaupten. Es ist geradezu paradox, heute neue Subventionen einzuführen. Mit den Vorlagen werden wir eine halbe Milliarde Franken neue Steuern beschliessen, dazu werden mit der Grundnorm ab 2004 gegen 3 Milliarden Franken pro Jahr

umverteilt. Mit der CO₂-Abgabe stehen weitere 2,5 Milliarden Franken pro Jahr zur Diskussion. Die SVP-Fraktion lehnt diese gigantischen neuen Steuern und Umverteilungen ab, sie belasten Industrie, Gewerbe und Konsumenten.

Im Gegensatz zu anderen bürgerlichen Parteien, die zwar einen Steuerstopp propagieren, bekämpften wir diese neuen Steuern und Abgaben im Energiebereich von Beginn an. Ich war sehr erfreut, von Herrn Bührer zu hören, dass sich nun auch die FDP-Fraktion entschlossen hat, gegen diese neuen Steuern anzutreten. Ich gratuliere Ihnen und freue mich, mit Ihnen zusammen den Abstimmungskampf zu führen. In einer Zeit der Marktöffnung ist es erstaunlich, dass die Mehrheit in diesem Saal ohne Rücksicht auf Verluste, zwei Jahre nach der Erhöhung der Wasserzinsen, die Energie für alle erneut verteuern will, um einige wenige zu subventionieren.

Die SVP-Fraktion wird den Gegenvorschlägen nicht zustimmen und den Abstimmungskampf gegen die Initiativen und die Gegenvorschläge führen.

Teuscher Franziska (G, BE): Die Idee der ökologischen Steuerreform ist ein Kind der Grünen. Weil wir uns doch alle um unsere Kinder sorgen, verfolgten die Grünen die Debatte um die Energie-Umwelt-Initiative, die Solar-Initiative und die entsprechenden Gegenentwürfe aufmerksam und sehr besorgt.

So, wie sich jetzt der Gegenentwurf zur Energie-Umwelt-Initiative, die sogenannte Grundnorm, präsentiert, hat dieser zwei schwerwiegende Mängel:

1. Die Energieabgabe wird in der Verfassung auf maximal 2 Rappen festgelegt. Damit wird die Wirkung der Lenkungsabgabe gebremst, bevor sie sich überhaupt entfalten kann.
2. Der Ertrag der Energieabgabe wird zur Senkung der Lohnnebenkosten verwendet. Pensionierte, Studierende und Hausfrauen gehen leer aus.

Die vorgeschlagene Energieabgabe ist knapp umweltverträglich, aber kaum sozialverträglich. Die grüne Fraktion stand vor einem Dilemma: Sollten wir die jetzt vorliegende Grundnorm als Zeichen in Richtung ökologische Steuerreform werten, oder wird damit die ökologische Steuerreform im Keim erstickt? Wir entschieden uns für letzteres.

Daher lehnen wir den Bundesbeschluss über die Energie-Umwelt-Initiative ab. Mit der Initiative «für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern» haben die Grünen den Weg zu einer echten ökologischen Steuerreform vorgespurt. Auch die Rappenspalterei beim Gegenentwurf zur Solar-Initiative bereite der grünen Fraktion einiges Kopfzerbrechen. Bei einer Förderabgabe von 0,6 Rappen pro Kilowattstunde gestartet zu sein, um dann bei 0,3 Rappen zu enden, ist umweltpolitisch kaum ein Erfolg.

Ohne Begeisterung stimmt die grüne Fraktion aber diesem parlamentarisch kleinsten gemeinsamen Nenner zu. Mit den 0,3 Rappen ist der Weg für eine Lenkungsabgabe vorgespurt.

So bleibt uns am Ende dieser Legislatur zu hoffen, dass das neue Parlament auf diesem Weg grössere Schritte machen oder sogar zu richtigen Sprüngen ansetzen wird.

Baumberger Peter (C, ZH): Die CVP-Fraktion unterstützt die Gesamtheit der Energievorlagen in der vorliegenden, stark von den CVP-Kommissionsmitgliedern geprägten Form. Wir tun dies, weil wir echte Lenkungsabgaben im Sinne des Grundsatzes «Energie statt Arbeit besteuern» – also im Sinne der Grundnorm – für den umwelt- und energiepolitisch richtigen Weg halten. Wir unterstützen jedoch auch die Übergangsbestimmung und den Förderabgabebeschluss, weil wir einerseits der Meinung sind, dass für die Förderung erneuerbarer Energien und für Energieeffizienz befristete und massvolle Anschub- und Forschungsbeiträge zweckmässig sind. Andererseits ist deren Bedarf auch ausgewiesen, weil wir andererseits für die Wasserkraft etwas tun möchten. Wir unterstützen diese Vorlagen insbesondere aus vier Gründen:

1. Mit dieser Vorlage kann die Elektrizitätsmarktöffnung für die Wirtschaft und die Konsumenten rasch durchgeführt werden. Die Resultate der Elektrizitätsmarktöffnung werden bei